



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

27.04.04

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 26.04.04

Presseerklärung

1. Zukunftsabkommen Klinikum

Die erste Beratung der Fraktion BÜNDNIS 89/DIE GRÜNEN über das Zukunftsabkommen Klinikum hinterließ große offene Fragen. Ob die Tragfähigkeit des Zukunftsabkommens gegeben ist, scheint nach wie vor ungewiss.

Sorge haben wir insbesondere bei den angenommenen Erfolgen durch die Leistungssteuerung, die sicherlich das wichtigste Instrument zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation darstellt. Nach wie vor ist keine verlässliche Datengrundlage vorhanden, um darüber zu entscheiden, ob im Falle einer nicht erfolgreichen Kostenoptimierung Leistungen reduziert, ausgeweitet oder aufgegeben werden müssen. Erst im zweiten Quartal 2004 soll eine Diskussion darüber stattfinden, wie Leistungen, die trotz eines Defizits aus versorgungspolitischen Gründen weitergeführt werden sollen, finanziert werden können.

Die Beteiligten des Zukunftsabkommens stellen selber fest, dass diese zentrale Aufgabe mit vielen Risiken behaftet ist. So sind den im Jahr 2003 zur Anwendung gekommenen 380 Fallpauschalen nur 120 kostendeckend. Von daher teilen wir den Optimismus, dass innerhalb von 4 Jahren 45 Millionen Euro Einsparpotenzial zu erzielen sind, nur bedingt.

Optimismus spielt auch bei der Annahme der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen eine wesentliche Rolle. Diese sind sowohl im worst case als auch im best case Szenarium gleich hoch angesetzt worden, obwohl die Erlössituation im schlechteren Fall um ca 15 Mio Euro divergieren kann.

Wir haben uns deutlich dafür ausgesprochen, dass das Klinikum in öffentlicher Trägerschaft erhalten werden soll. Wir halten es für notwendig, die maximale Versorgung der Region zu gewährleisten. Das Klinikum leistet dazu zur Zeit einen wesentlichen Beitrag. eine Privatisierung muss deshalb in jedem Fall verhindert werden. Von daher sollten alle



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Anstrengungen unternommen werden, das Klinikum wirtschaftlich zu sanieren. Vor unserer abschließenden Beurteilung werden wir sowohl die Geschäftsführerin als auch den Kämmerer um ergänzende Informationen bitten, um eine Risikoabschätzung vornehmen zu können.

2. Reise der NRW-Delegierten nach Berlin

Über 30 grüne KommunalpolitikerInnen, SozialdezernentInnen und OB-KandidatInnen haben den bundespolitischen Spitzen der GRÜNEN die prekäre finanzielle, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Situation ihrer Städte und Gemeinden geschildert. So ist die Anzahl der unter Haushaltssicherung stehenden Kommunen seit dem Jahr 2002 um 80% auf über 140 gestiegen. Die Bundesspitze betonte nachdrücklich, dass die Hartz-Reform im versprochenen Umfang zur Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen beitragen sollte. Die GRÜNE Faktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckhardt wörtlich: „Notfalls muss der Bund noch was drauflegen.“

Angesichts der drohenden Verzögerung bei der Einführung von neuen Kundenzentren der Bundesagentur für Arbeit haben sowohl die bundespolitischen Spitzen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch die KommunalvertreterInnen deutlich gemacht, dass Fördern und Fordern nicht getrennt werden darf. Im Klartext heißt das, dass die Kommunen Übergangslösungen brauchen und die Weiterführung bewährter Programme wie z.B. Arbeit statt Sozialhilfe ermöglicht werden muss.

Drittes wichtiges Thema war die Ausschreibungspraxis der BA,, die faktisch zu einer Zerschlagung lokaler Arbeitsmarktstrukturen führt. Hier waren sich die Anwesenden einig, dass es zu einer stärkeren Gewichtung von Qualitätskriterien sowie einer Einbeziehung lokaler Agenturen für Arbeit kommen muss. Für eine entsprechende Umsteuerung werden sich die BundesGRÜNE einsetzen und den nötigen Druck erzeugen.

Aus Dortmunder Sicht war die Fahrt ein notwendiger und sinnvoller Schritt, um die kommunale Perspektive zu verdeutlichen. Es konnte vermittelt werden, dass die Kommunen in unterschiedlicher Weise von den arbeitsmarktpolitischen Reformen betroffen sind und dass dringend nachgerechnet und nachgesteuert werden muss.

3. Parteitag der CDU

OB-Kandidat Hengstenberg hat sich auf dem CDU-Parteitag als wahrer Wendehals dargestellt. Ausgerechnet der Repräsentant der CDU stiehlt sich aus der Verantwortung für Projekte wie den Bahnhofsumbau, die die CDU immer mitgetragen hat. Obwohl die CDU mehrmals die Möglichkeit hatte, gemeinsam mit GRÜNEN die Notbremse zu ziehen, um wenigstens einen anständigen Bahnhof zu realisieren, war sie nie zu diesem Schritt bereit. Sich jetzt darüber zu beschweren, dass nichts passiert ist, zieht die mangelnde Seriosität des OB-Kandidaten in Zweifel.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Auch das dortmund-project hat die CDU immer ohne Wenn und Aber unterstützt. Die GRÜNEN waren seinerzeit die einzigen, die vor einer allzu großen Euphorie hinsichtlich der zu schaffenden Arbeitsplätze gewarnt haben.

Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit auf die eigene Fahne zu schreiben, ist der Gipfel der Unredlichkeit. Immerhin hat die CDU gemeinsam mit der SPD ohne mit der Wimper zu zucken den Doppelhaushalt verabschiedet, den sie jetzt kritisiert.

Der OB-Kandidat sieht sich seit seiner Kandidatur offensichtlich als freischwebend und parteilos. Wie der Mann ohne Eigenschaften dies mit seiner Rolle als Fraktionsvorsitzender der CDU vereinbart, ist eine Rätsel. Das einzige originäre CDU-Projekt, für das er steht, ist eine Anti-Graffiti-Eingreiftruppe; ob das die DortmunderInnen motiviert, zur Wahl zu schreiten, scheint zweifelhaft.